

Nr. XIX. GP.-NR
483 /J
1995 -02- 03

ANFRAGE

der Abgeordneten Pollet-Kammerlander, Freundinnen und Freunde

an den Bundesminister für wirtschaftliche Angelegenheiten

betreffend der österreichisch-türkischen Beziehungen

Vor dem Hintergrund ständiger Menschenrechtsverletzungen gegen Kurden, gegen fortschrittliche Gewerkschafter und Parteifunktionäre, der Verfolgung von Kriegsdienstverweigerern und der Unterdrückung politisch aktiver Menschen durch die Türkei, sollten die Beziehungen Österreichs einer ständigen kritischen Überprüfung durch die Bundesregierung unterzogen werden. Auch der seit mehr als 20 Jahren währende Zustand der ständigen militärischen Besetzung von Territorium in Norden Zyperns durch türkische Truppen ist nicht geeignet, völlig entspannte Beziehungen mit der Regierung in Ankara zu pflegen. Österreich müßte an einer langfristigen politischen Lösung des Zypernproblems auch alleine schon deswegen Interesse haben, da einige hundert Landsleute als friedenserhaltende Kräfte genannt Blauhelme auf der Insel stationiert sind, die aus österreichischen Budgetmitteln finanziert werden.

Wir meinen, daß gute österreichisch-türkische Beziehungen auf diplomatischer, politischer, kultureller, wirtschaftlicher und gesellschaftlicher Ebene folgenden Kompaß haben sollte: die Menschenrechtsentwicklung in der Türkei, menschlichen Umgang mit Kurdinnen und Kurden und den guten Willen das Zypernproblem zu lösen.

Alle drei Problembereiche müssen eine Entsprechung hierzulande finden: Die Menschenrechte für türkische Staatsbürger müssen in der Türkei durchgesetzt werden, aber Österreich kann dies nur dann glaubwürdig vertreten, wenn politischen Flüchtlingen aus der Türkei Asyl gewährt wird. Der Umgang mit Kurdinnen und Kurden muß auf Menschenrechten fußen, aber österreichische Außenpolitik kann dies nur dann glaubwürdig einfordern, wenn es verfolgten Kurdinnen und Kurden Aufnahme gewährt und auf kultureller, aber auch wirtschaftlicher Ebene Beziehungen mit Vertreterinnen und Vertretern des kurdischen Volkes anknüpft. Ein auch von anderen angeregter und unterstützter türkisch-kurdischer Dialog sollte zunächst politische Autonomie schaffen und letztlich das Selbstbestimmungsrecht der Kurden anerkennen.

Die unterfertigten Abgeordneten stellen daher folgende

Anfrage:

1. Wie haben sich die Wirtschaftsbeziehungen zur Türkei in den vergangenen fünf Jahren entwickelt?

.../2

2. Welchen Umfang haben österreichisch-türkische Gemeinschaftsprojekte in den vergangenen fünf Jahren?
3. Welche Großprojekte sind in den kommenden Jahren geplant?